

**AGVO****BEITRAG OESTERREICHS ENERGIE**

26.11.2021

TRANSPARENZREGISTER; NR. 80966174852-38

Die Anpassung der Regelungen zur Gewährung von Beihilfen an die Ziele des Green Deals bzw. des Fit for 55 Pakets sowie an die noch ausstehenden Leitlinien für staatliche Klima-, Energie- und Umweltbeihilfen (CEEAG), die mit Jänner 2022 gelten sollen, ist dringend geboten. Während die CEEAG den Rahmen vorgibt, innerhalb dessen die Mitgliedstaaten Förderungen vergeben dürfen, soll die AGVO das komplementäre Werkzeug für spezifische Projekte bilden. Ziel soll es sein, dass für die Energiewende wichtige Projekte, die im Einklang mit den klimapolitischen Zielen der EU stehen, von der Notifizierungs- und Prüfungspflicht ausgenommen und dadurch schneller realisiert werden.

Massive Investitionen in erneuerbare Energien und in den Aufbau von Erzeugungskapazitäten für erneuerbaren Wasserstoff sowie der damit verbundenen Transportinfrastruktur werden in sehr kurzer Zeit notwendig sein, um die ambitionierten Energie- und Klimaziele zu erreichen. Oesterreichs Energie begrüßt daher die Überarbeitung der AGVO, um die notwendigen Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien, aber auch im Bereich Wasserstoff zu ermöglichen und über die Bereitstellung von Förderungen auszulösen.

Die Mitgliedstaaten stehen vor der großen Herausforderung, dass die nationale Gesetzgebung mit der Umsetzung der europäischen Vorgaben standhalten. Gleichzeitig verzögern Notifizierungsprozesse oftmals die nationalen Gesetzesprozesse. Für die Elektrizitätswirtschaft bedeutet dies Rechtsunsicherheit und somit Verzögerung der für die Transformation der Energiewende wichtiger Projekte. Oesterreichs Energie begrüßt daher, dass der vorliegende Kommissionsvorschlag nicht nur in vielen Bereichen eine Erhöhung der relevanten Schwellenwerte für Beihilfemaßnahmen enthält, sondern auch die Förderung neuer Kategorien, wie beispielsweise der Herstellung erneuerbaren Wasserstoffs, in den Anwendungsbereich der AGVO aufnimmt.

**Artikel 36a Absatz 8 - Marktstudie:**

In der Praxis wird es schwierig sein nachzuweisen, dass innerhalb von drei Jahren keine Lade- und Tankinfrastruktur errichtet werden würde. Ladeinfrastruktur muss ausgebaut werden, um der E-Mobilität zum Durchbruch zu verhelfen. Diesen Ausbauzielen liegen die vereinbarten 2030 Klimaziele, insbesondere die Vorgaben im Rahmen der Verordnung für die Infrastruktur alternativer Kraftstoffe (AFIR) sowie Vorgaben in der Richtlinie zur Förderung von erneuerbaren Energien (RED III) zugrunde. Diese können nur mit einem Ausbau der E-Ladeinfrastruktur erreicht werden. Ein Wegfall der Förderung würde diesen Ausbau massiv verzögern und damit das Erreichen der Klimaziele gefährden.

**Artikel 36a Deckelung/Zulassung:**

Der Entwurf sieht in Absatz 9 vor, dass Beihilfen für Lade- oder Tankinfrastruktur nur dann gewährt werden können, wenn der Anteil von mit Strom oder Wasserstoff betriebenen Fahrzeugen in einem Mitgliedstaat weniger als 2% der Gesamtzulassungen beträgt. Wir möchten darauf hinweisen, dass für die Erreichung der CO<sub>2</sub>-Neutralität eine gänzliche Dekarbonisierung des Verkehrs notwendig ist. In der Praxis bedeutet das einen Anteil von 100 % CO<sub>2</sub>-neutral betriebener Fahrzeuge am gesamten Fahrzeugbestand. Von der angedachten 2% Grenze ist aus unserer Sicht somit unbedingt abzusehen.

#### **Artikel 41: Investitionsbeihilfen zur Förderung hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung**

Aus Sicht von Oesterreichs Energie ist es zu begrüßen, dass bei hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung gemäß neuem Absatz 4a auch mit Erdgas betriebene KWK-Anlagen von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt sind. Die Einhaltung der Klimaziele für 2030 und 2050 wird durch die EU- rechtlichen Vorgaben der derzeit in Revision befindlichen Richtlinie (EU) 2018/2002 (Energieeffizienz) bzw. der Verordnung (EU) 2021/1119 (Europäisches Klimagesetz) vorgegeben. Diese Vorgabe ist durchaus positiv zu werten, auch wenn diese im konkreten Projekteinzelfall und hinsichtlich der nationalen Ziele sicher herausfordernd wird. Positiv zu werten ist der Zusatz, wonach die Modernisierung energieeffizienter Fernwärme- und Fernkältesysteme ebenfalls umfasst sind.

Weiters begrüßen wir die Anhebung der Schwellenwerte für Beihilfen für Fernwärme- oder Fernkältesysteme von 20 Mio Euro auf 50 Mio Euro pro Unternehmen und Vorhaben. Vor diesem Hintergrund sollten die bisherigen Beihilfeintensitäten für Investitionsbeihilfen für KWK-Anlagen beibehalten werden, anstatt diese wie im Entwurf vorgesehen abzusenken.

#### **Artikel 41 Investitionsbeihilfen für Wasserstoff**

In Bezug auf Investitionsbeihilfen für die Herstellung, den Transport und die Nutzung von Wasserstoff begrüßt Oesterreichs Energie angesichts der Bedeutung von Wasserstoff vor allem für die Erreichung der EU- Klimaziele die explizite Aufnahme von Investitionsbeihilfen von erneuerbarem Wasserstoff unter Artikel 41 Absatz 3.

Die Beschränkung der Befreiung von der Anzeigepflicht auf Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff bekräftigt die Ziele der EU Wasserstoff-Strategie, die darauf abzielt, erneuerbare Erzeugungskapazitäten entsprechend zu unterstützen und zu fördern. Oesterreichs Energie begrüßt diese erzeugungsseitige Einschränkung auf Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff.

Gemäß Vorschlag der EU Kommission kann sich die Investitionsbeihilfe auch auf gewidmete Infrastruktur für die Übertragung oder Verteilung von erneuerbarem Wasserstoff sowie auf Speicheranlagen für erneuerbaren Wasserstoff erstrecken. Dies ist aus Sicht von Oesterreichs Energie insofern problematisch, da die Infrastruktur sowohl bei Importen, als auch bei innereuropäischer Erzeugung technologieneutral auch anderen Formen von gasförmigen Energieträgern zur Verfügung stehen muss. Eine Abgrenzung der Förderung auf die Umrüstung von Infrastrukturanlagen hinsichtlich der Nutzung allein durch erneuerbaren Wasserstoff erscheint in einem EU Binnenmarkt schwer durchführbar. Aus Sicht von Oesterreichs Energie sollte daher die Anzeigepflicht-Ausnahme von Förderungen,

die der Umrüstung bzw. Neuerrichtung von Infrastrukturanlagen zum Transport und zur Speicherung von Wasserstoff dienen, nicht alleine auf erneuerbaren Wasserstoff abstellen.

Oesterreichs Energie begrüßt, dass gem. Art. 41 die Gesamtinvestitionskosten (anstelle wie bisher der Investitionsmehrkosten) beihilfefähig sind, da dadurch die unterschiedlichen Investitionskostenstrukturen der neuen Technologien (bspw. im H<sub>2</sub> Bereich) im Vergleich zu herkömmlichen fossilen Erzeugungsanlagen (Steam Reformer) berücksichtigt werden können. Gleichzeitig ist anzumerken, dass für einen Hochlauf von erneuerbarem Wasserstoff zunehmend klar wird, dass auch Betriebsbeihilfen notwendig sein werden, sodass die Zulässigkeit der Kombination von CAPEX und OPEX Förderungen eine wesentliche Grundvoraussetzung für den raschen Hochlauf von erneuerbarer Wasserstoffherzeugung in Europa ist. In diesem Zusammenhang begrüßt Oesterreichs Energie, dass gem. Art. 43 (2b) Betriebsbeihilfen für die Erzeugung von Wasserstoff nur dann von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt sind, wenn sie für Anlagen gewährt werden, die ausschließlich erneuerbaren Wasserstoff erzeugen.

#### **Art. 42 Betriebsbeihilfen zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien**

Die Möglichkeit zur Erhöhung der Beihilfenintensität auf bis zu 100% im Falle einer Ausschreibung ist positiv, wobei die vorgeschlagene Frist für die Veröffentlichung der Ausschreibungskriterien von sechs Wochen zu kurz ist, um entsprechende Gebote vorzubereiten. Die Vorgabe steht zudem im Widerspruch zu Artikel 6 (3) der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) der die Mitgliedstaaten verpflichtet, den Investoren mindestens fünf Jahre im Voraus einen Überblick über die Mengen, den Zeitplan und das Budget der Ausschreibungen für Erneuerbare Energien zu geben. Oesterreichs Energie regt daher an, die Frist für die Kriterienfestlegung auf zumindest sechs Monate anzuheben.

Oesterreichs Energie merkt zudem an, dass die vorgeschlagene Kürzung der Ausschreibungsvolumina im Falle von Unterzeichnungen überdacht werden sollte. Angesichts der ambitionierten Klima- und Energieziele sollten die Volumina nicht reduziert werden, um sicherzustellen, dass nicht einmalige, nicht in der Sphäre der Projektwerber liegende Gründe für das Nicht-Ausschöpfen des Fördertopfes verantwortlich sind (bspw. Verzögerungen bei Widmungen, Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen etc.). Andernfalls besteht das Risiko einer Bremsung des Erneuerbaren-Ausbaus.

Die vorgeschlagene Änderung, dass im Falle des Vorliegens negativer Preise keine Förderung gewährt werden soll, erachtet Oesterreichs Energie aus systemischer Sicht für sinnvoll, da dadurch ein Anreiz für angebotsseitige Flexibilität geschaffen wird. Die Regelung der AGVO sollte jedoch berücksichtigen, dass auf Ebene der Mitgliedstaaten diesem Umstand teilweise bereits durch Einführung von Regelungen Rechnung getragen wird. Um den Anlagen die Möglichkeit zu geben, die Förderzeiträume dennoch auszuschöpfen, könnte der gesamte Förderzeitraum der Anlage durch jene Zeiträume, in denen aufgrund negativer Preise keine Förderung erfolgt ist, verlängert werden.

**Rückfragehinweis**

DI Susanne Püls- Schlesinger  
Europäische Angelegenheiten

Mag. Anton Schögl  
Leiter Büro Brüssel

Österreichs E-Wirtschaft  
Brahmsplatz 3, A-1040 Wien  
Tel.: +43 1 50198 222  
E-Mail: [s.puels@oesterreichsenergie.at](mailto:s.puels@oesterreichsenergie.at)  
[www.oesterreichsenergie.at](http://www.oesterreichsenergie.at)

Österreichs E-Wirtschaft Büro Brüssel  
Rue de la Loi 221, 6ième étage, 1040 Brüssel  
Tel.: +32 (0) 2 27887- 35  
E-Mail: [a.schoegl@oesterreichsenergie.at](mailto:a.schoegl@oesterreichsenergie.at)  
[www.oesterreichsenergie.at](http://www.oesterreichsenergie.at)